



## KANTONSratsPROTOKOLL

Sitzung vom 8. Mai 2018  
Kantonsratspräsidentin Vroni Thalman-Bieri

### **A 454 Anfrage Fässler Peter und Mit. über entwickelt sich Luzern zum Eldorado für organisierte Kriminalität? / Justiz- und Sicherheitsdepartement**

Peter Fässler ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Peter Fässler: Die Antworten des Regierungsrates sind ungewohnt offen und kritisch, und sie müssten uns eigentlich erschrecken. Die Situation unserer Polizeikräfte ist unhaltbar, ja skandalös. Eine Polizei zu haben, die den Schutz unserer Bevölkerung nicht mehr gewährleisten kann, und ein Kanton zu sein, in dem sich das organisierte Verbrechen relativ unbehelligt ausbreiten kann, ist eine Schande für den Kanton Luzern. Die Folge daraus ist eine Polizei, die mit ihren Ressourcen nur noch Kiffer verfolgen kann, Drogenbanden aber gewähren lassen muss, die nur noch Parksünder bestrafen kann, aber die nötige Präsenz für die Sicherheit im Strassenverkehr nicht aufbringen kann, die am WEF die bekannten Persönlichkeiten schützen muss, aber bei Fällen von Menschenhandel im Kanton tatenlos zusehen muss, wie insbesondere Frauen schamlos ausgenutzt werden. Der Frust bei den Polizeiangehörigen steigt, weil sie kriminelle Machenschaften aus Ressourcengründen nicht verfolgen können. Wer trägt die Verantwortung dafür? Wir Kantonsrätinnen und Kantonsräte mit unserer Politik und unserer Weigerung, der Polizei die notwendigen finanziellen Mittel zu gewähren, und dies im Wissen, dass die Sicherheit der Bürger nicht mehr gewährleistet werden kann und dass uns unsere heutigen Versäumnisse später teuer zu stehen kommen. Dabei wissen wir doch, dass die Kriminalität am effizientesten an ihren Wurzeln zu bekämpfen ist. Wir sollten handeln und der Polizei unsere Unterstützung zusichern.

Marlis Krummenacher-Feer: Aufgrund der Ablehnung einer Erhöhung des Steuerfusses durch die Bevölkerung und wegen des fehlenden Budgets 2017 musste als Sparmassnahme der Abbau von Über- und Mehrarbeitszeit verordnet werden. Das führte dazu, dass die Polizei und die Staatsanwaltschaft trotz der ohnehin schon knappen Mittel in eine noch zugespitztere Situation gedrängt wurden. Das stetige Bevölkerungswachstum und die heutige 24-Stunden-Gesellschaft sind ebenfalls dafür verantwortlich, dass in diesem Bereich immer mehr Ressourcen benötigt werden. Auch für die CVP ist die Situation auf längere Zeit so nicht haltbar.

Markus Hess: Der Regierungsrat gibt zu, dass die Situation nicht zufriedenstellend ist. So schreibt er in seiner Antwort, dass die kriminellen Organisationen gut vernetzt sind und Schwachstellen ausnützen. Das heisst, dass Kriminelle auch den Kanton und seine Bürgerinnen und Bürger ausnützen. Wollen wir uns das tatsächlich bieten lassen? Wir finden nicht. Der Kanton soll kriminellen Organisationen das Handwerk legen und die Quartiere sowie die Bevölkerung schützen. Wir fordern die Regierung auf, mindestens temporär Einsatzschwerpunkte zu setzen und die Situation zu prüfen.

Pirmin Müller: Es ist eine grosse Herausforderung, in unserem Kanton für Sicherheit zu

sorgen, die Situation ist nicht einfach. Die Spannweite im Sicherheitsempfinden ist aber ebenfalls gross. Die einen wollen mehr Polizeipräsenz, die anderen weniger. Es ist schwierig, auf dieser Grundlage eine Diskussion zu führen. Fakt ist aber – das hält die Regierung in ihrer Antwort ebenfalls fest –, dass die Sicherheitslage im Kanton Luzern als befriedigend bis gut zu bewerten ist. Wir finden es deplatziert, den Kanton Luzern als „Eldorado der organisierten Kriminalität“ zu bezeichnen. Mit dieser Art von Polemik wird die wertvolle Arbeit der Polizei, die tagtäglich für unsere Sicherheit unterwegs ist, geringgeschätzt und gemindert. Die SVP dankt der Polizei für ihre wertvolle Arbeit und weist die bössartige Polemik zurück.

Urban Frye: Eigentlich dachte ich, dass die Polizei mit der Beendigung des budgetlosen Zustands ihren Aufgaben wieder im gewohnten Rahmen nachgehen kann. Beim Lesen der vorliegenden Antwort hat mich aber zunehmend der Unmut gepackt. Die Polizei kann bei organisierter Kriminalität und bei Wirtschaftsdelikten nur noch beschränkt Beweismittel sicherstellen. Um den Pendenzenberg abzubauen, müssten 90 Polizistinnen und Polizisten ein Jahr lang arbeiten. Das blanke Entsetzen hat mich aber bezüglich Kinderpornografie gepackt; so steht in der Antwort des Regierungsrates: „Die Luzerner Polizei und Staatsanwaltschaft verfügen nicht über genügend spezialisierte Fachkräfte, um diesem Deliktsbereich mit den entsprechenden Mitteln, unter anderem mit geheimen Überwachungen, und der internationalen Rechtshilfe wirksam zu begegnen.“ Es ist wohl niemand in unserem Rat der Meinung, dass es sich hier um einen Kollateralschaden handelt, der infolge fehlender Finanzen einfach hingenommen werden muss. Auch unser Rat ist an dieser Situation mitschuldig. Ich möchte vom Justiz- und Sicherheitsdirektor wissen, wie er solchen unhaltbaren Zuständen entgegenwirken will.

Jim Wolanin: Anlässlich der angespannten Situation ist die Polizei in der Tat stark gefordert. Daher gilt es die Polizei zu entlasten. Das ist zum Beispiel mit der Revision der neuen Strafprozessordnung möglich. Die Frage lautet, wie sich Luzern zu einem Eldorado für organisierte Kriminalität entwickelt. Beim Begriff „Eldorado“ handelt es sich um ein Modewort. Laut der Antwort des Regierungsrates ist der Kanton Luzern aber weit von einem Eldorado entfernt.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektor Paul Winiker.

Paul Winiker: Bei einer offenen Information erwarte ich auch einen differenzierten Umgang damit und keine unnötige Skandalisierung, die uns keinen Schritt weiterbringt. Tatsache ist, dass wir im Bereich Leib und Leben gut unterwegs und à jour sind. Im Jahr 2018 konnten wir bei Vergehen und Verbrechen 60 Erfolge vorweisen. Gestern wurden fünf Taschendiebe aus Rumänien festgenommen, und ein Sprayer wurde in flagranti gefasst. Am 2. Mai 2018 wurde eine Person mit gestohlenem Auto und mit Waffen festgenommen. Am 1. Mai 2018 kam es zu einer Festnahme beim Aufbrechen eines Autos. Das sind nur einige Beispiele. Die Aufklärungsquote von Vergehen ist seit 2016 von 35,5 Prozent auf 39,6 Prozent gestiegen. Wie wir immer betont haben, sind wir bezüglich der präventiven Präsenz knapp unterwegs, dazu stehen wir auch. Deshalb brauchen wir im Budget 2019 die Aufstockung, die wir bereits mehrmals verschoben haben. In den Bereichen Cybercrime und Menschenhandel haben wir temporäre Schwerpunkte gesetzt. Diesen Januar haben wir Razzien durchgeführt, auch in Sexbetrieben. Wir treffen also dort Massnahmen, wo es möglich ist, die Situation zu verbessern. Die präventive Präsenz hat sich nach den Budgetkürzungen inzwischen wieder verbessert. Meiner Meinung nach befinden wir uns aber immer noch auf einem zu tiefen Niveau, was die präventive Präsenz betrifft. Wir müssen aber auch dafür besorgt sein, dass wir die Polizei nicht mit ständig wachsender Bürokratie belasten. Die neue Strafprozessordnung ist diesbezüglich ein Härte-test. Bereits heute benötigt die Polizei 50 Prozent ihrer Ressourcen für die administrative Nachbearbeitung; das ist meines Erachtens zu viel. Es gibt auch Lücken, die wir gesamtschweizerisch lösen müssen, nämlich den ganzen Cybercrime-Bereich. Dazu gehört auch die Pornografie über das Internet. Die Schweiz ist diesbezüglich schlecht aufgestellt und muss auf Stufe Konkordat im Sinn von Kompetenzzentren nach richtigen Lösungen suchen.